



PRESSEMITTEILUNG

Muslime nehmen die Entschuldigung des rechtsextremen Landtagsabgeordneten

Hans-Jürgen Irmer nicht an.

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH verurteilt die islamfeindlichen und rassistischen Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Hessen und des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag Hans-Jürgen Irmer in der Wetzlarer Neuen Zeitung/WNZ aufs Schärfste. Im Zusammenhang mit der Berufung der türkischstämmigen und muslimischen Frau Aygül Özkan zur niedersächsischen Sozial- und Integrationsministerin wird Hans-Jürgen Irmer in der WNZ vom 28. April 2010 mit folgenden Worten zitiert:

Die Ernennung Özkan zur niedersächsischen Ministerin sei „eine Fehlentscheidung“... „Sie ist nicht in der Lage, deutsche Interessen wahrzunehmen“... „Der Islam ist auf die Eroberung der Weltherrschaft fixiert... Wir brauchen nicht mehr Muslime, sondern weniger“... Der Zuzug von Muslimen sei „eine gefühlte Landnahme.“

Irmers Äußerungen sind eindeutig rassistisch, islamfeindlich und volksverhetzend. Er beleidigt und diffamiert somit erneut eine Weltreligion, den Islam, und Muslime in Hessen und Deutschland. Dadurch gefährdet er den sozialen Frieden in unserem Land. Gemäß seinem Verständnis wäre die deutsche Staatsbürgerin Frau Aygül Özkan alleine wegen ihrer Herkunft und ihrer Religionszugehörigkeit nicht fähig und würdig, Ministerin in Deutschland zu werden. Mit diesen rassistischen Äußerungen verachtet er die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Seine Aussagen erinnern unweigerlich an die Aussagen der Nationalsozialisten gegenüber den Juden und werden heute nur noch von der NPD verwandt. Diese Aussagen sind umso erschreckender, als dass Irmer sie im Zusammenhang mit der Ernennung einer muslimischen Parteifreundin als Landesministerin machte.

Seine geheuchelte Entschuldigung im Landtag war nur dem geschlossenen Druck der Landtagsabgeordneten aller hessischen Fraktionen, inklusive seiner eigenen geschuldet, nicht seiner Einsicht. Das wird auch daraus deutlich, dass Hans-Jürgen Irmer es nicht einmal für notwendig erachtet hat, sich bei der muslimischen Volksgruppe zu entschuldigen, gegen die er auf widerwärtige Weise gehetzt hat. Deshalb nehmen wir Muslime diese Entschuldigung auch nicht an, sondern wir fordern die hessische CDU endlich zu klaren Konsequenzen auf. Der Überzeugungs- und Wiederholungstäter Irmer ist für eine demokratische Partei nicht tragbar. Die CDU-Hessen ist gefordert, sich von Irmer und seinen offen rechtsextremen und volksverhetzenden Äußerungen durch mehr als nur mit einer Missbilligungserklärung abzugrenzen, sonst macht sie sich selbst der Duldung von Volksverhetzung und Islamfeindlichkeit verdächtig. Eine verfassungsloyale demokratische Volkspartei muss einen Rechtsextremisten wie Hans-Jürgen Irmer aus ihrer Partei und aus ihrer Landtagsfraktion ausschließen, wenn sie glaubwürdig bleiben möchte.

Irmer erfüllt mit seinen rassistischen Äußerungen wiederholt den Straftatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 Strafgesetzbuch. Dabei versteckt er sich stets hinter seiner parlamentarischen Immunität. Die CDU-Fraktion ist deshalb gefordert, ein klares Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie und für Toleranz und Integration zu setzen.

Muslime sind Teil der Gesellschaft und unseres Landes Deutschland. Deutschland ist auch die Heimat der hier lebenden Muslime. Somit vertritt Frau Ministerin Aygül Özkan nicht nur die Interessen der Türken oder Migranten, sondern der Gesamtgesellschaft. Jede Bürgerin/Jeder Bürger in unserem Land hat gemäß unserem Grundgesetz bei Erfüllung der entsprechenden Qualifikation das Recht, ein hohes Amt zu bekleiden. Niemand darf wegen seiner Herkunft, Hautfarbe oder Religion benachteiligt und diskriminiert werden.

In diesem Sinne begrüßen wir den richtigen, längst notwendigen, wegweisenden und für alle Bundesländer vorbildlichen Schritt des niedersächsischen und christlich-demokratischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, Frau Özkan zur Ministerin zu ernennen. Er zeigt uns allen damit, dass Muslime ein selbstverständlicher Teil der Gesamtgesellschaft sind und auch sie hohe Ämter in Deutschland übernehmen können.

Gießen, den 29. April 2010

Ramazan Kuruyüz
Vorsitzender der IRH